

DAS NEUE STRATEGISCHE KONZEPT DER NATO

Perfektionierung künftiger Kriege

Das in Lissabon beschlossene neue „Strategische Konzept“ der NATO beginnt mit der schönfärberischen Selbstdarstellung: „Wir, die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten, sind entschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass die NATO weiterhin ihre einzigartige und wesentliche Rolle bei der Gewährleistung von Verteidigung und Sicherheit spielt.“

Das Strategische Konzept ist ein Kriegsprogramm, Blaupause für zukünftige Militärinterventionen der NATO, für die militärische Sicherung der Energieversorgung, für die Perfektionierung aktueller und zukünftiger Militäreinsätze, für die Stärkung der Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung und den Aufbau von Repressionsapparaten zur dauerhaften Kontrolle der NATO-Protectoratsländer.

Der Westen sei „zunehmend auf die lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitwege angewiesen“, auf die sich „der Welthandel, die Energiesicherheit und (unser) Wohlstand stützen“. Die NATO werde deshalb „Fähigkeiten entwickeln, um Energiesicherheit zu gewährleisten, einschließlich dem Schutz kritischer Energie-Infrastrukturen, der Tran-

sitgebiete und der Transitrouten“, heißt es in der neuen NATO-Doktrin.

In Lissabon verpflichteten sich die NATO-Mitgliedstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten für weltweite Militärinterventionen weiter auszubauen, um „gleichzeitig sowohl große gemeinsame Operationen als auch mehrere kleinere Operationen – auch in strategischer Entfernung notfalls mit militärischer Gewalt – durchzuführen“. Die NATO werde außerdem „die Militärdoktrin und die militärischen Fähigkeiten für Expeditionseinsätze einschließlich von Operationen zur Bekämpfung von Aufständen weiter entwickeln“.

Daneben soll die Fähigkeit verstärkt werden, „lokale Kräfte in Krisenzonen auszubilden und aufzubauen“, um z. B. das von der NATO installierte Karzai-Regime in Afghanistan an der Macht zu halten.

Langfristiges Ziel ist es, dadurch die von der NATO reklamierten Einflussgebiete auf Dauer vom Westen abhängig und ihm gewogen zu erhalten, auch nach Beendigung unmittelbarer Truppenpräsenz.

Neu ist der Beschluss zur Errichtung einer angeblich der Verteidigung dienenden

NATO-Raketenabwehr und das Angebot einer engen Kooperation mit Russland.

Mit einem NATO-EU-Russland-Pakt wäre zwar die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland beseitigt, der Rest der Welt sähe sich jedoch dadurch noch weit mehr bedroht als bisher.

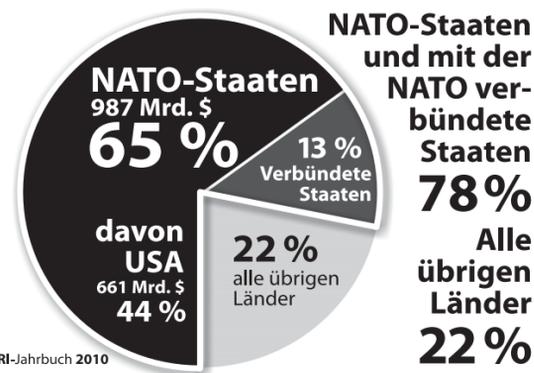
Schon heute demonstriert Moskau seine Bereitschaft, der NATO entgegenzukommen. So hat Russland z.B. im sogenannten Atomkonflikt mit dem Iran nicht nur den von der US-Regierung initiierten Sanktionsbeschlüssen zugestimmt, sondern auch die vertraglich vereinbarte Lieferung von Luftabwehrraketen an den Iran gestoppt. Zudem sichert Russland mit dem erweiterten Transitabkommen den Nachschub für die NATO-Truppen in Afghanistan und liefert Hubschrauber an die vom Westen am Leben erhaltene afghanische Marionettenregierung.

Diese Unterstützungsleistungen Moskaus tragen aber weder zu einer Entschärfung im Atomstreit mit dem Iran noch zur Beendigung des Afghanistankrieges bei.

Rüstungsweltmeister NATO

Die weltweiten Militär- und Rüstungsausgaben liegen heute bei 1.531 Milliarden Dollar. Rund zwei Drittel dieser Summe gehen auf das Konto der NATO.

Weltweite Militärausgaben: 1.531 Mrd. \$



Zusammen mit den zahlreichen eng verbündeten Partnerstaaten, die von den USA und der EU mit Waffen beliefert werden und die NATO in ihren Aggressionskriegen unterstützen, entfallen auf den sogenannten Westen beinahe 80 Prozent der weltweiten Militär- und Rüstungsausgaben. (Zu diesen Ländern gehören u.a. Australien, Japan, Südkorea, Taiwan, Pakistan, Georgien, Israel, Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate.)

BUNDESWEHR RAUS AUS DEN SCHULEN!

Kein Werben fürs Sterben!

Als fünftes Bundesland hat Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerien und Wehrbereichskommandos geschlossen.

Darin wird die Intensivierung der Zusammenarbeit von Bundeswehr und Schulen vereinbart. Jugendoffiziere sollen in die Ausbildung von ReferendarInnen sowie in die Fortbildung von Lehrkräften einbezogen werden. Bildungsangebote der Bundeswehr sollen stärker in die Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte einfließen. Jährliche Gespräche mit dem Kultusministerium sowie entsprechende Berichte sollen die stärkere Einflussnahme der Militärs auf Schüler und Lehrkräfte bilanzieren.

In der Vereinbarung heißt es: „Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.“

Was passiert, wenn die Bundeswehr ihre „Instrumente der Politik“ einsetzt, wurde bei der von Oberst Klein angeforderten Bombardierung der Tanklastwagen bei Kundus offenbar. Die Streitkräfte haben keine Instrumente zur Konfliktlösung, sie haben Waffen zum Töten und suchen an den Schulen dafür das Bedienungspersonal.

Um den Nachwuchs für vermehrte Auslandseinsätze – auch bei ausgesetzter Wehrpflicht – zu sichern, wird die Werbung für Berufssoldaten intensiviert. Gleichzeitig soll so die politische Akzeptanz der Auslandseinsätze erhöht werden.

Mit Konfliktverhütung hat die Bundeswehr so viel zu tun wie Edelstahl mit Diebstahl. Globale Probleme – Klimakatastrophe, der weltweit zunehmende Hunger, die globale Armut, Wassermangel, Ausbeutung und Unterdrückung – können nicht militärisch gelöst werden. Ihre Ursachen müssen beseitigt werden. Das Militär und milliardenschwere Rüstungsprogramme sind dafür grundsätzlich kontraproduktiv, – vielmehr sind diese Krisen und Konflikte die notwendige Voraussetzung zur Rechtfertigung militärischer Intervention.

Was wir brauchen, ist eine bessere Bildung, gleiche Bildungschancen, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern, ein durchlässiges Schulsystem und mehr gut ausgebildete Lehrer, jedoch keine Kriegspädagogen.

Für den 28. Januar ruft die AG „Friedliche Schule“ der Gewerkschaften GEW und ver.di zu einen Aktionstag auf – unter dem Motto: „Wer will unter die Soldaten?“. Treffpunkt zu der Straßenaktion: 15⁰⁰ Uhr vor dem Kultusministerium am Münchner Salvatorplatz, dann um 16⁰⁰ Uhr auf dem Marienplatz und anschließend um 17⁰⁰ Uhr vor der Feldherrnhalle auf dem Odeonsplatz.

DER KONFRONTATIONSKURS DER USA UND DER EU GEGEN DEN IRAN

Zurück zum Völkerrecht!

Schon vor fünf Jahren überschlugen sich die Medien mit Meldungen über die „derzeit größte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ durch den Iran. Der Chef des israelischen Geheimdienstes behauptete, die internationale Gemeinschaft hätte „nur noch vier Monate Zeit, um den Bau der islamischen Bombe zu verhindern“. „Weil die iranische Bombe zur globalen Bedrohung wird,“ sei es nur „vernünftig, dass die (militärischen) Stäbe in Washington und Tel Aviv Kriegsszenarien entwickeln“ schrieb der Spiegel.

Unverhohlen drohen die USA und Israel weiterhin mit einem Militärschlag gegen den Iran. Allein es fehlt jedweder Beweis für die Bedrohung des Weltfriedens durch den Iran. Teheran bedroht weder die USA, weder Israel noch die EU.

Historisch erwiesen ist allerdings, dass vom Iran bisher nie eine Aggression ausgegangen ist, im Gegensatz zur USA, Israel und den EU-Staaten.

Es gibt auch keinerlei Beweis dafür, dass der Iran Atomwaffen baut. Die „Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke“ ist das international verbriefte Recht aller Unterzeichnerstaaten des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen. Es gibt völkerrechtlich keine Doppelstandards.

Solange der Iran nicht gegen den Atomwaffensperrevertrag verstößt, gibt es keinerlei Grund für Sanktionen. Dennoch hat das Säbelrasseln nicht ab-, sondern zugenommen.

Kriegspropaganda hat Konjunktur. Nach der vierten Iran-Resolution des Weltsi-

cherheitsrates vom Juni 2010, die völkerrechtlich äußerst fragwürdig ist, heizten die USA Anfang August und die EU Ende November mit schärferen Strafmaßnahmen die Sanktionsspirale weiter an. Mit der gleichzeitigen Drohung vom Ende der Diplomatie dienen die beschlossenen Sanktionen jetzt für massive Truppenaufmärsche in der Region. Die Eskalationsstrategie gegen den Iran erinnert an die Vorzeit des Irakkriegs. Wir erinnern uns an Collin Powells Märchenstunde im UN-Sicherheitsrat über Iraks „Massenvernichtungswaffen“ als Legitimationsversuch für immer schärfere Sanktionen bis hin zum völkerrechtswidrigen Krieg.

Saddam Hussein, der „neue Hitler“; und jetzt der Iran: Die Gefahr eines weiteren Krieges im Nahen Osten und eines Flächenbrandes ist akut.

BUNDESWEHR-UMSTRUKTURIERUNG UNTER AUSSETZUNG DER WEHRPFLICHT

Guttenbergs „Radikale Erneuerung“

Während der Bundespräsident Köhler wegen einer ähnlichen Bemerkung noch zurücktreten musste, spricht Kriegsminister Guttenberg ungeschminkt und weitgehend unwidersprochen Klartext.

Pünktlich zum NATO-Gipfel in Lissabon erklärte er „die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen“ zur militärischen Aufgabe für Deutschland.

Und passend zur neuen NATO-Strategie hat unter seiner Regie die Bundeswehrführung ihr Strukturkonzept vorgelegt. Unter dem Titel „Vom Einsatz her denken“ zielt die sogenannte „Wehrreform“ auf „flexible und effiziente Streitkräfte“,

die „das ganze Spektrum von weichen bis hin zu harten Faktoren der Macht“ beherrschen.

Der Streitkräfteumfang wird auf 185.000 SoldatInnen reduziert. Die Wehrpflicht wird nicht abgeschafft, aber ausgesetzt. Die Wehrpflichtigen sind – weil sie nicht in Auslandseinsätze geschickt werden können – ein überflüssiger Kostenfaktor. Aus dem gleichen Grund werden auch beim zivilen Personal rund 27.000 Stellen eingespart, die für die Auslandsunterstützung nicht gebraucht werden.

Um den Bundeswehrynachwuchs sicher zu stellen, wird ein „Freiwilliger militäri-

scher Dienst“ im Umfang von 15.000 Stellen eingeführt mit der Verpflichtung der „Freiwilligen“, an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilzunehmen.

Die derzeitige Fähigkeit, etwa 7000 Soldatinnen und Soldaten im Ausland einzusetzen, soll sich „durchhaltefähig wenigstens verdoppeln“, heißt es im Bericht der Bundeswehr-Strukturkommission. Zweck der „radikalen Erneuerung“ ist völlig eindeutig die Steigerung der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr.

Mehr Truppen für Auslandseinsätze heißt nichts anderes als mehr Krieg – an noch mehr Fronten.